

Wirtschaft Liechtenstein | Werdenberg | Sarganserland regional



Wochenzeitung für regionale Wirtschaft wirtschaftregional.li, wirtschaftregional.ch +423 236 16 16 @wirtschaftregio

Persönlich gefragt
Michael Biedermann
wäre gern ein
Klavervirtuose.

Charme-Offensive
Das St. Galler Rheintal
präsentiert sich als
attraktiver Standort. **3**

www.salmann.com

SALMANN
INVESTMENT MANAGEMENT



Sozial und ökonomisch

Innovativ Die Lukashauss-Stiftung in Grabs beschäftigt 150 Menschen. Mithilfe von ständigen Innovationen und hoch motivierten Mitarbeitern gelingt es der sozialen Institution, nachhaltig zu wirtschaften. **Seite 7**



Bild: Daniel Schwendener

Pushen

Als Personalchef bei der LGT sorgt Gustav Stendhal für den Einstieg und Aufstieg von über 2000 Mitarbeitern. **Seite 4**

Pokern

Griechenland bleibt den Geldgebern aus der Eurozone die geforderte Reformliste weiterhin schuldig. Geld will es trotzdem. **Seite 11**

Problematisieren

Manager verbringen fast zwei volle Tage in der Woche mit administrativen Aufgaben. Das zermüht und ist zudem ineffizient. **Seite 17**

Expo2027: Pläne werden konkret

ST. GALLEN. Die Planung einer Expo2027 zwischen Bodensee, Rhein und Säntis wird konkret: Bis 2018 wollen die Kantone St. Gallen, Thurgau und Appenzell Ausserrhoden dem Bund ihre Bewerbung einreichen. Für die Vorbereitungen wird mit Kosten von 9,5 Millionen Franken gerechnet.

Der Zeitpunkt für einen ersten politischen Grundsatzentscheid sei gekommen, sagte die Thurgauer Regierungsrätin Carmen Haag als Präsidentin des Projektausschusses am Freitag in St. Gallen. Die Regierungen unterbreiten ihren Kantonsparlamenten Kreditvorlagen von insgesamt 8,8 Millionen Franken. Fünf Millionen soll St. Gallen, drei Millionen der Thurgau und 800 000 Franken Appenzell Ausserrhoden beisteuern. Weitere 700 000 Franken erwarten die Verantwortlichen von den Kantonalbanken. Appenzell Innerrhoden beteiligt sich bisher nicht, könnte aber noch auf den Expo2027-Zug aufspringen.

Konzeptwettbewerb läuft

Derzeit läuft ein Konzeptwettbewerb, aus dem voraussichtlich im Herbst ein Siegerprojekt erkoren wird. Dieses wird ab 2016 in einer Machbarkeitsstudie mit rund 20 Einzelaufträgen (Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Energie, Verkehr, Sicherheit) detailliert geprüft, was vier Millionen Franken kosten dürfte. Die Kantone planen die Einrichtung einer Geschäftsstelle mit 500 Stellenprozenten und einer «Madame» oder einem «Monsieur Expo» an der Spitze. Das Ziel sei, dem Bund 2018 eine überzeugende Bewerbung für die Landesausstellung im Raum Ostschweiz-Bodensee einzureichen, hiess es. Spätestens mit der Einreichung des Dossiers, also voraussichtlich 2018, werden Volksabstimmungen in den drei Trägerkantonen nötig sein, wie Carmen Haag, ihr St. Galler Regierungskollege Benedikt Würth und die Ausserrhoder Frau Landammann (Kantonsvorsitzende) Marianne Koller erklärten. (kid)

Das umstrittene Geldsystem

Vollgeld In Island und der Schweiz könnte die Geldschöpfung zentralisiert werden. Nur Nationalbanken sollen Kredite vergeben dürfen – für den Liechtensteinischen Bankenverband ist dies ein «nicht gangbarer Weg».

VON CHRISTIAN A. KOUTECKY

Der EWR- und EFTA-Staat Island glänzte in den vergangenen Jahren immer wieder mit eigenwilligen, oftmals auch erfolgreichen Wegen, der Finanz- und Wirtschaftskrise im Land Herr zu werden. Nun legen die Verantwortlichen in Reykjavik noch einmal eine Schippe drauf: «Ein besseres Geldsystem für Island» heisst der Report, den Frosti Sigurjónsson, der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten und Handel, Ende März vorstellte. Das neue Geldsystem würde den Geschäftsbanken die Möglichkeit der Geldschöpfung durch Kreditvergaben entziehen. Die Nationalbank allein könnte entscheiden, wie viel Geld in Umlauf kommt. Dieser Report entspricht inhaltlich ziemlich genau dem,

was der Schweizer Verein Monetäre Modernisierung fordert und im Rahmen der Vollgeld-Initiative im Frankenraum umsetzen will. Über die Hälfte der nötigen Unterschriften hat der Verein bereits gesammelt, um die Initiative vor Volk zu bringen und über eine Verfassungsänderung abzustimmen.

«Unkalkulierbare Risiken»

Das gefällt nicht allen. Seitens der Schweizerischen Nationalbank kamen bereits Einwände, und auch die Denkfabrik Avenir Suisse äusserte sich eher kritisch zur möglichen Einführung eines Vollgelds, mit dem die Geschäftsbanken von der Geldschöpfung ausgeschlossen wären.

Nicht weiter verwunderlich, dass sich auch Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbands (LBV), sehr kritisch zur Vollgeld-

Initiative äussert: «Grundsätzlich sind wir sehr zurückhaltend und nehmen als Liechtensteinischer Bankenverband zu politischen Vorstössen in der Schweiz keine Stellung, da uns eine Beurteilung hier nicht zusteht. Im vorliegenden Fall ist dies durchaus etwas anders gelagert», sagt Tribelhorn. Schliesslich hätte die Vollgeld-Initiative Auswirkungen auf den gesamten Frankenraum und damit auch auf Liechtenstein. «Die Initiative verlangt, dass künftig nur noch die Nationalbank elektronisches Geld erzeugen darf. Damit wollen die Initianten der Staatsverschuldung entgegenwirken, einer inflationären Geldschöpfung Einhalt gebieten, und dass das Geld sicherer wird», erklärt Tribelhorn und betont: «All dies ist sowohl in der Schweiz als auch in Liechtenstein bereits gegeben: Wir verfügen über eine tiefe Inflation, eine tiefe bis gar keine Staatsver-

schuldung sowie eine ausserordentlich sichere Währung. Wir bezweifeln deshalb, dass überhaupt ein entsprechender Handlungsbedarf besteht.»

Ausserdem warnt der LBV-Geschäftsführer vor den Risiken einer Änderung des Geldsystems: «Darüber hinaus erachten wir die Vollgeldinitiative aber auch als nicht gangbaren Weg. Vollgeld würde einen tiefgreifenden Umbau des bestehenden Wirtschaftssystems und unkalkulierbare Risiken mit sich bringen. Es hätte unseres Erachtens unnötige Risiken für den Zahlungsverkehr sowie eine Kreditverknappung bzw. -verteuerung zur Folge und damit letzten Endes sogar negative Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum.» Dem widersprechen die Befürworter des Vollgelds – unter anderem auch Volkswirte des Internationalen Währungsfonds. **Kommentar Seite 2 und Seite 9**

Abgeordneter wettet auf schnelle Finanzierungsvereinbarung

STUTTGART/BERLIN. Das zähe Ringen um den Eisenbahnausbau vom nördlichen Bodenseeufer hin zu den süddeutschen Ballungszentren ist um eine weitere Skurrilität reicher geworden: Für die Elektrifizierung der sogenannten Südbahn, also der Strecke von Lindau über Friedrichshafen nach Ulm, was dem Anschluss an des europäische Hochgeschwindigkeitsnetz gleichkommt, fehlt immer noch eine Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bundesverkehrs-

ministerium und dem Land Baden-Württemberg. Nun ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief nach Angaben der «Schwäbischen Zeitung» so davon überzeugt, dass diese Vereinbarung kurz vor der Unterzeichnung steht, dass er dem baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Hermann von den Grünen eine Wette anbietet. Sollten die Verhandlungen länger als sechs Monate dauern, will er die Getränkekosten übernehmen, wenn der erste Spaten-

stich für den Südbahn-Ausbau gefeiert wird. Im Gegenzug fordert er Hermann auf, das Gleiche zu tun, falls die Verhandlungen in weniger als sechs Monaten über die Bühne gehen.

Rief reagiert mit dem Wettersatz auf einen weiteren Bericht der «Schwäbischen Zeitung», demnach Hermann die Bundesregierung erneut gedrängt hatte, eine Vereinbarung möglichst schnell zu unterzeichnen. Rief hält es dem Bericht zufolge für eine «Frechheit»,

so zu tun, als seien für die Zeitverzögerung der Bund und das Eisenbahnbundesausschuss verantwortlich. «Hätte Landesverkehrsminister Hermann ordentlich gearbeitet, hätte das Planfeststellungsverfahren bereits Ende 2012 abgeschlossen werden können.»

Die Verhandlungen über die Finanzierung sollen laut Hermann in den nächsten zwei bis drei Monaten beginnen. Die Kosten werden von Experten auf 226 Millionen Euro geschätzt. (ky)

Kennen Sie Ihre Kunden
und Geschäftspartner?

Wirtschaftswissen kompakt

FIRMENSÜCHE.LI